



## "Shelter City" in Costa Rica Unterschlupf für Menschenrechtler

von Tobias Käufer

22.06.2018 19:06 Uhr

**Die Menschenrechtsslage in Mittelamerika ist besorgniserregend. Das Projekt "Shelter City" gewährt rückkehrwilligen Menschenrechtlern aus den Nachbarstaaten temporär Schutz.**



"Shelter City" in Costa Rica

Quelle: justiceandpeace.nl

Die Idee ist einfach, die Hilfe in einer scheinbar ausweglosen Lage aber enorm: "'Shelter City' ist ein Zentrum, das Verteidigern von Menschenrechten aus El Salvador, Guatemala, Honduras und

Peri koordiniert das Projekt in Costa Ricas Hauptstadt San José und arbeitet für die Stiftung "Acceso", die gemeinsam mit der niederländischen Regierung das Projekt finanziell unterstützt. Das Projekt "Shelter City" (Unterschlupf) gibt es seit 2012 in den Niederlanden. Die Organisation "Justice and Peace" (Gerechtigkeit und Frieden) will damit Menschenrechtsaktivisten schützen, die in ihren Heimatländern bedroht sind.

Anzahl der Plätze begrenzt

**„ Die Menschen, die uns um Schutz bitten, müssen rückkehrwillig sein. Deswegen ist die Zeit des Schutzes auch erst einmal auf wenige Monate begrenzt.**

**Luciana Peri, Stiftung "Acceso"**

Eine Bedingung für die Aufnahme in das Projekt: "Die Menschen, die uns um Schutz bitten, müssen rückkehrwillig sein. Deswegen ist die Zeit des Schutzes auch erst einmal auf wenige Monate begrenzt", erklärt Peri. In den meisten Fällen sei das aber ohnehin kein Problem: "Die Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler aus den Nachbarstaaten Costa Ricas sind sehr daran interessiert, die Lage in ihren Heimatländern zu verbessern und schnell wieder zurückzukehren, um sich vor Ort zu engagieren." Die Anzahl der Plätze ist zum Start des Projektes erst einmal auf acht begrenzt.

Pro Jahr können also maximal 32 Aktivisten aufgenommen werden, die zum Beispiel eine Morddrohung erhalten haben oder in akuter Lebensgefahr schweben. Die Zeit vor Ort nutzen sie zur Weiter- und Ausbildung. Das Auswahlverfahren sei nicht immer einfach, sagt Peri. Es gebe immer wieder Fälle wo auch mal ein Antrag auf temporären Schutz abgelehnt werden müsse.

Mit dem mittelamerikanischen Land haben die niederländischen Initiatoren einen Partner gefunden, der hinter der Idee steht. Costa Rica stehe für eine Politik des Schutzes von Menschenrechten und schätze dieses Programm sehr, sagte Costa Ricas damalige Außenministerin Ana Helena Chacón beim Startschuss im Februar. Der Schutz von Personen, die in Lebensgefahr seien, weil sie sich für den Schutz von Menschenrechten einsetzen, sei auch Teil der Politik Costa Ricas. In Zeiten, in denen es für Menschenrechtler immer schwieriger wird in den USA Schutz zu finden, wird Costa Rica zu einer Alternative.

## "Justice & Peace" und "Shelter City"





Die niederländische NGO "Justice & Peace" rief im Jahr 2012 das Programm "Shelter City" ins Leben. Suzan Goes, Koordinatorin von Shelter City, erklärt die Idee hinter dem Projekt: "MenschenrechtlerInnen in vielen Ländern befinden sich in Gefahr, und weltweit schrumpft der Freiraum für die Zivilgesellschaft immer weiter. Das Projekt Shelter City bietet diesen MenschenrechtlerInnen zeitweise einen sicheren Ort, wo sie sich erholen, an Trainingsprogrammen teilnehmen und ihre Netzwerke erweitern können. Wir glauben, dass dies ausschlaggebend ist, damit sie ihre wichtige Arbeit fortsetzen können."

Bildquelle: justiceandpeace.nl

## Menschenrechtsslage besorgniserregend

Die Menschenrechtsslage in den mittelamerikanischen Nachbarstaaten ist besorgniserregend: In Nicaragua gibt es seit Mitte April Massenproteste gegen die sandinistische Regierung von Präsident Daniel Ortega. Nach Erkenntnissen der interamerikanischen Menschenrechtskommission gehen die Sicherheitskräfte sowie regierungsnah paramilitärische Banden mit brutaler Gewalt gegen die Demonstranten vor, auch aus Reihen der Opposition gibt es Übergriffe. Die Bilanz: bislang rund 200 Tote und immer mehr Anfragen von Aktivisten aus Nicaragua, die in Costa Ricas "Shelter City" Schutz suchen, bestätigt Peri.

In Guatemala fordert Amnesty International nach einer Mordserie an Menschenrechtsaktivisten die Regierung zu sofortigen Schutzmaßnahmen auf. Innerhalb von nur vier Wochen sind sieben Aktivisten ums Leben gekommen, teilte die NGO in diesem Monat mit. Im Jahr 2017 hat es bereits 493 Angriffe auf Aktivisten gegeben, seit Jahresbeginn zählte Amnesty bereits zwölf ermordete Aktivisten. In Honduras warf die Ermordung der prominenten Umweltaktivistin Berta Cáceres vor zwei Jahren ein Schlaglicht auf die Menschenrechtsslage im Land, immer wieder kommt es nach der umstrittenen Wiederwahl von Präsident Juan Orlando Hernández zu Übergriffen und Gewaltakten gegen Vertreter oppositioneller Bewegungen.

Und in El Salvador erklärten Beobachter der UN, allein zwischen 2014 und 2016 habe es 220 Übergriffe gegen Menschenrechtlerinnen gegeben. In Costa Rica findet nun ein Teil von ihnen zumindest vorübergehend Schutz um Kraft zu tanken für den bisweilen lebensbedrohlichen Kampf für Menschenrechte und Umweltschutz.

## Mehr zum Thema



Nachrichten | heute